



## Internetzugang gehört zur Grundversorgung

Internetzugang gehört zur Grundversorgung  
Zum Urteil des Bundesgerichtshofes vom 24. Januar 2013, in dem Schadensersatz für den Ausfall eines privaten Internetanschlusses zuerkannt wird, erklärt Malte Spitz, Mitglied des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen: "Die Entscheidung ist ein historisches Signal. Höchststrichterlich ist festgestellt, dass die ständige Verfügbarkeit eines Internetanschlusses von entscheidender Bedeutung für die Lebensgestaltung. Der Internetzugang ist zentral für ökonomische wie soziale Teilhabe und entscheidend für die Wissensvermittlung. Wir begrüßen das Urteil ausdrücklich, weil hier die Tragweite des Internets für den digitalen Wandel unserer Gesellschaft anerkannt wird. Die Auswirkungen des Richterspruchs auf aktuelle Debatten wie die Phantasien nach Sperrung von Internetanschlüssen aber auch auf dem Breitbandausbau sind weitreichend. Der Wunsch nach Sperrungen gehört damit hoffentlich ein für alle Mal der Vergangenheit an. Das Urteil stützt auch unsere langjährige Forderung, Breitbandanschlüsse als Universaldienst festzuschreiben. Wie Telefon und Postzustellung gehört der Breitbandinternetzugang zur Grundversorgung." PRESSEDIENST BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesvorstand  
Dr. Jens Althoff, Pressesprecher  
Platz vor dem Neuen Tor 1 \* 10115 Berlin  
Email: <mailto:presse@gruene.de>  
Tel: 030 - 28442 130 \* Fax: 030 - 28442 234

## Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

## Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.